



R E S O L U T I O N

**der Fraktion ÖAAB/Christliche Gewerkschafter
an die 169. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien**

Sozialpartnerschaft: Die Zukunftspartnerschaft für Österreich!

Die Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer fordert die politischen Entscheidungsträger in Bund und Land auf, die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Sozialpartner nicht einzuschränken oder gar zu beschneiden, sondern die Stärken dieser Institution für eine weitblickende Standortstrategie zu nutzen und die Weiterentwicklung der Sozialpartner in Sinne einer Zukunftspartnerschaft für Österreich zu stärken.

Die Sozialpartnerschaft sichert in Österreich einen Interessensausgleich, der Konflikte einfängt und so für stabile Rahmenbedingungen sorgt. Davon profitieren nicht nur die Arbeitnehmer/innen und Unternehmer/innen sondern auch Bauern/Bäuerinnen, Ärzt/innen, Apotheker/innen, Freiberufler/innen und auch Studierende. Die Sozialpartnerschaft ist eine konstruktive Plattform für wirtschafts- und sozialpolitische Zusammenarbeit – sowohl zwischen den Interessenverbänden, als auch mit den Regierungen in Bund und Land.

Der wesentliche Grundgedanke der Sozialpartnerschaft: Durch koordiniertes Vorgehen der großen gesellschaftlichen Gruppen können die Ziele der Politik besser erreicht werden als durch Austragung von Konflikten auf der Straße oder in aufreibenden Arbeitskämpfen. Neben Mitgestaltung der politischen Rahmenbedingungen verhandeln und schaffen die Sozialpartner die Verbesserung von Einkommen und Rahmenrechten für knapp 98% der Beschäftigten in der österreichischen Wirtschaft. Sie regeln wesentliche Bestandteile von Arbeitsverträgen, wie z.B. Mindestentlohnung, Lohn- und Gehaltsbestandteile, Arbeitszeit, Kündigungsfristen und Urlaubsansprüche oder setzen sich für faire Preise oder Tarifgestaltungen ein.

Zahlreiche Handlungsfelder sind nur im Konsens aller Bevölkerungsgruppen lösbar. Die Sozialpartnerschaft ist eine bewährte Institution, die für die Lösung dieser Herausforderungen nahezu maßgeschneiderte Voraussetzungen mitbringt. Die von den Medien und Teilen der Wirtschaft angezettelte Anfeindung der Sozialpartner ist kurzfristig und gefährdet nicht nur den sozialen Dialog, sondern auch den sozialen Frieden im Land.

Es ist viel zu tun und die Sozialpartnerschaft muss sich - unter Wahrung der Interessen der Beschäftigten - weiterentwickeln, um auch in Zukunft wirksam Rahmenbedingungen und Ergebnisse für das Gemeinwohl in unserem Lande zu erzielen.

Angenommen X

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

